



## PRESSEMITTEILUNG

8. August 2012

### **Strenge-Siedlung**

Bezirkskoalition setzt sich weiterhin für möglichst breiten Konsens ein

Die Auseinandersetzung um die zukünftige Entwicklung der Strenge-Siedlung in Poppenbüttel begleitet die politische Arbeit im Bezirk Wandsbek schon seit über zehn Jahren. Nach Auffassung der Politik und auch der Genossenschaft selbst, sollte auf dem Gebiet der Strenge-Siedlung bezahlbarer Wohnraum für Familien entstehen.

Nachdem ein Bürgerentscheid im Jahre 2004 und ein Mediationsverfahren im Jahre 2008 keine eindeutige Entscheidung hervorgebracht haben drängt die Fachbehörde nun auf eine Lösung des Problems. Acht Jahre nach dem Bürgerentscheid hält auch die Politik vor Ort es für nachvollziehbar, dass Genossenschaft und Behörden hier einen neuen Planungsanlauf nehmen wollen. Gleichzeitig muss es aber einen ernstgemeinten Dialog mit der Bürgerinitiative und den Anwohnern geben mit dem Ziel eines möglichst breiten Konsenses. Das war und ist das erklärte Ziel der Wandsbeker Regierungsfractionen in der Bezirksversammlung und wurde so auch im Koalitionsvertrag festgeschrieben.

„Wir bedauern, trotz erneuerter intensiver Gespräche, feststellen zu müssen, dass die Fronten zwischen Genossenschaft und Bürgerinitiative festgefahren sind“, erklärt Susanne Zechendorf, Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN im Bezirk Wandsbek und betont: „Wir erwarten, dass jetzt im Bemühen um eine Konfliktlösung die im Vertrag für Hamburg - Wohnungsbau vorgesehene Verfahrensweise eingehalten wird.“

Anja Quast, die Vorsitzende der SPD-Bezirksfraktion: „Wir setzen uns auch weiterhin dafür ein, dass im Gespräch mit allen am Verfahren Beteiligten ein breiter Konsens über die zukünftige Gestaltung der Strenge-Siedlung gefunden wird. Andere strittige Bauprojekte in unserem Bezirk haben gezeigt, dass es sehr wohl möglich ist, auch in scheinbar festgefahrenen Situationen wieder eine Bewegung auf beiden Seiten zu erreichen.“